

Podiumsdiskussion:

Die Chancen und Risiken der Arbeitsmarktreform für eine lokale Strategie der Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung aller jungen Menschen in E&C Gebieten – ein Entwicklungsprogramm für Jugendamt und JobCenter?

Teilnehmende der Podiumsdiskussion:

Dr. Frank Braun,

Deutsches Jugendinstitut e.V. München

Hartmut Brocke,

Stiftung SPI Berlin

Manfred Gardemann,

Bundesagentur für Arbeit Hannover

Lutz Wende,

Organisations- und allgemeine Lebensberatung, Bornheim-Rösberg

Walter Werner,

Amt für Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren Mannheim

Moderation:

Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

Rainer Schwarz

Ich möchte Sie bitten, sich kurz vorzustellen und gerne auch schon mit Ihren Statements zum Thema der Podiumsdiskussion zu beginnen.

Manfred Gardemann

Ich bin seit dem 1.10.2004 Leiter des Stabes „Zusammenarbeit mit der Landespolitik“ der Regionaldirektion Niedersachsen/ Bremen, eine ganz neue Funktion, von McKinsey ersonnen. In dieser Funktion koordiniere ich alles, was mit der Begleitung unserer Arbeit durch die Ministerien, egal welche, und mit den Parteien und Verbänden in Niedersachsen und in Bremen zu tun hat. Vorher war ich langjährige Führungskraft in der Bundesagentur für Arbeit, zuletzt im Ostfriesischen und Emsländischen als Kundenbereichsleiter mit einer ganz großen Leidenschaft für Jugendlichen-Projekte. Das meine ich ganz ernst. Wenige im Raum kennen mich, sonst würden Sie mir das abnehmen. Mit meinen guten und engagierten Kollegen/innen haben wir wirklich vieles bewegt. Nun werden wir von ganz anderen Zeiten bewegt, und darüber möchte ich hier gerne reden.

Frank Braun

Ich bin Leiter der Arbeitseinheit „Übergänge in Arbeit“ am Deutschen Jugendinstitut. Da geht es um Fragen des Übergangs von Jugendlichen von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Die Arbeitseinheit ist zur einen Hälfte in München, beim Deutschen Jugendin-

stitut angesiedelt, zur anderen Hälfte in der regionalen Arbeitsstelle in Halle. Bis vor kurzem war sie in Leipzig. Unser Arbeitsgegenstand ist die Evaluation von Modellprogrammen, überwiegend des Bundes, im Bereich Übergang Schule/ Beruf und damit einhergehend die Untersuchung von Lebenslagen und Lebensverläufen von Jugendlichen in diesem Übergang. Bei den Reformdebatten der letzten Jahre hat uns die spannende Frage bewegt, wie viel von dem, was die Jugendforschung und Benachteiligtenforschung in den letzten Jahren erstmals systematischer als früher untersuchen konnte, eigentlich in die aktuellen Debatten eingeht.

Nach den Diskussionen, die wir auf dieser Konferenz gehört haben, kann man ja nicht ausschließen, dass es einen Bedarf gibt, nachzusteuern oder fremd zu steuern. Mich bewegt dabei die Frage, welche Informationen zu welchen Themen und zu welchen Fragen wohl in welcher Weise erhoben werden, damit man auch eine Basis hat, auf der richtige Entscheidungen getroffen werden können.

Rainer Schwarz

Als diejenigen, die für soziale Brennpunkte und für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Verantwortung tragen, haben wir gelernt, die Verhältnisse, die von anderen als besonders schwierig, quasi als die Potenz von Risiken verstanden und dargestellt werden, immer wieder auch unter dem Gesichtspunkt von Chancen zu sehen. Und obwohl ich mir alle Mühe gegeben habe, auch bei unserem Thema die Chancen in den Mittelpunkt zu stellen, haben Sie viel über die Risiken geredet. Ich möchte Sie bitten, noch einmal ein, zwei oder gar drei Chancen deutlich zu benennen, die Sie in diesem Umsetzungsprozess sehen, damit wir in der weiteren Diskussion neben den genannten Risiken auch an den Chancen anknüpfen können.

Lutz Wende

Ich bin in einer sehr ambivalenten Position, weil ich nun seit einigen Jahren im Bereich „Entwicklung von Case-Management und Integration von Case-Management in die sozialpolitische Praxis in den Kommunen“ arbeite. Eigentlich bin ich immer noch sehr überzeugt vom Konzept „Case-Management“. Mit dem SGB II besteht die Möglichkeit, die Arbeitssuchenden tatsächlich bedarfsorientiert und auf

das Individuum bezogen zu fördern. Mit dem Konzept Fallmanagement kann neben der individuellen Seite auch eine angemessene Angebotssteuerung vorgenommen werden, und natürlich kann dies auch genutzt werden, um eine völlig neue Dienstleistung zur Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt zu entwickeln. Diese Option steckt in dem neuen Gesetz, das sind seine Chancen.

Aufgrund meiner Berufspraxis bin ich allerdings etwas skeptisch. Ich habe gesehen, wie die beiden Seiten – Sozialämter und Agenturen für Arbeit – bei den Verhandlungen diese Chancen nicht sehen (wollen). Der Dienstleistungsprozess ist für sie nicht eine Menge an Möglichkeiten, die zu gestalten sind, sondern eine Art „Blackbox“, die irgendwie stattfindet und sich dann verwirklicht. Damit wird das, was ich vorhin als worst practice bezeichnete, dann sozusagen sanktioniert. Auch habe ich noch meine Zweifel, was die Finanzierung betrifft. Aber prinzipiell halte ich das SGB II für ein soziales Dienstleistungsgesetz, das eine Weiterentwicklung unserer Form sozialer Arbeit und Sozialpolitik darstellen kann, wenn es konsequent genutzt wird. Seine Möglichkeiten müssten eigentlich viel deutlicher herausgearbeitet und umgesetzt werden. Dazu bedarf es aber aus meiner Sicht im Moment besonders auch der Einmischung der Jugendhilfe.

Walter Werner

Vorhin wurde mal erwähnt, dass die „Schlacht“ in den Kommunen stattfände. Das ist unsere Chance. Es gibt sehr unterschiedliche Verhandlungsprozesse, soweit ich das kommunal überschaue. In Mannheim z. B. wurde ein Weg gewählt, den ich als eine große Chance sehe. Doch wie Herr Wende es schon ausdrückte, teilweise sind die Messen gelesen, weil die Verhandlungen schon gelaufen sind. Die BA hat ihre Handlungsprogramme, die BA hat ihre Leitfäden, die BA hat ihre Kernposition. In Mannheim sind wir frühzeitig einen Weg gegangen, auf dem wir fachlich das Jugendintegrationskonzept – die JobCenter U25 als Systemsteuerung, Netzwerksteuerung, Organisationseinheit mit Fallmanagement in der jetzt beschriebenen Form – als ein zentrales Herzstück betrachteten. Damit sind wir in die Verhandlungen hineingegangen und haben das zu Kernpositionen gemacht. Das Vorgehen war rückgekoppelt mit dem Gemeinderat, der es absegnete, wodurch wir eine Geschäftsgrundlage auf örtlicher Ebene hatten. Ich weiß nicht, wie breit angelegt fachpolitische Diskurse sind. Aufgrund der Direktive der BA und der Regionaldirektion haben wir bislang keine Verordnungsermächtigung, solche Dialoge zu führen. Trotzdem haben wir genau das versucht.

Ich sehe auch Chancen in dem Programm „Junge Menschen unter 25“, trotz des Systembruchs, den diese konsequente Umstellung auf eine einzelfallorientierte Förderung darstellt. Wir haben die Eingliederungsvereinbarung, wir haben das Fallmanagement. Nun muss das Ganze systematisch prozessual gestaltet werden, mit einer vernünftigen Organisation von Wirkungsforschung über die einzelnen Eingliederungsschritte bis hin zur Standardisierung für bestimmte Zielgruppen. Vor Ort wurden Zielgruppen mit hohem Integrationsbedarf bereits herausgefiltert. Wenn es uns gelingt, diese Konzepte im Sinne von „Differenzierung geht vor Pauschalierung“ darzustellen, dann sehe ich das als eine entsprechende Chance. Schon an dieser Differenzierung wird aber völlig klar, dass die beengte Klammer, alles nur auf den Arbeitsmarkt hin zu fokussieren, von vorne bis hinten nicht ausreicht. Da hat doch die Jugendhilfe ihren spezifischen Stellenwert.

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu den E&C-Gebieten: In seiner „Evaluation der Sozialen Stadt“ stellt Hartmut Häußermann¹ nüchtern fest, dass sich in den Programmgebieten „Soziale Stadt“ substanziell, also rein zahlenmäßig, nichts verbessert hat. Die Anzahl der Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfänger/innen ist nicht zurückgegangen. Häußermann betrachtet aber auch die „weichen Qualitäten“, also das, was an Förderstrukturen und an Kommunikationsstrukturen zur Vitalisierung von Nachbarschaften entwickelt wurde. Positive Bilanz zieht er im städtebaulichen Bereich.

Ich sehe darin auch Chancen, denn genau diese Felder – die städtebauliche Architektur und wie die Kommunen zum Teil ihre „Flickenteppiche“ unter dem Schlagwort „Soziale Stadt“ oder „Urban-2“ etc. aussortieren – werden zu wenig verzahnt mit dem, was im Moment auch in der kleinräumigen Organisation von Arbeitsmarktpolitik und der Integration mit Sozialpolitik notwendig und darstellbar ist. Hier ist eine ganz wichtige Verzahnungsleistung nötig. Dann sind die Verhandlungsfelder für die Jugendhilfe auch in diesem Sektor wieder stärker.

Hartmut Brocke

Ich versuche, es kurz zu machen: Was ich nicht verstehe, ist die Verzagttheit, mit der das alles diskutiert wird. Verzagt müsste man eigentlich im Rückblick sein, weil die notwendigen Reformen aufgrund der ökonomischen, demokratischen, sozialen, bildungspolitischen usw. Strukturkrisen in unserer Gesellschaft erst jetzt endlich in die Wege geleitet werden.

¹) Hartmut Häußermann (2005): „Das Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004“. In: IZR 2/3: Die soziale Stadt – Ein Programm wird evaluiert

Die Reformen waren überfällig, und das neue Gesetz ist gestaltbar. Dabei teile ich alle Bedenken und Befürchtungen, die auf der Konferenz vorgetragen wurden. Aber ich bin zuversichtlich, dass die neue Gesetzgebung auch wieder einen Korrekturprozess durchlaufen wird. Mir ist wichtig, dass der Umgang miteinander kollegial bleibt und dass wir einen Schwerpunkt definieren, den wir aus der Kinder- und Jugendhilfe jetzt einbringen wollen.

Wenn wir Systemfragen stellen wie „die Jugendhilfe muss beteiligt sein“, so wie das etwa die Landesjugendämter gemacht haben, manövrieren wir uns eine Situation, in der ein System versucht, das andere zu dominieren. Dann haben wir auf jeden Fall schon verloren. Deswegen halte ich es aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe überhaupt nicht für sinnvoll, Machtfragen zu formulieren. Das trifft im Übrigen auch auf die Schule zu. Statt Machtfragen zu formulieren, sollten wir lieber die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt der Diskussion stellen. Da gibt es eine ganze Menge von Dingen, die man machen kann, aber es gibt eben auch eine ganze Masse, die sich bisher noch nicht bewegt.

Ich würde gerne diskutieren, was wir einzubringen haben, wenn wir Kooperationspartner werden wollen. Denn es stellt sich ja schon die Frage, was wir als zweigliedriges Jugendamt diesem Verfahren überhaupt bieten können. Wir haben selbst auch unsere Versäulung, gerade bei der Jugendberufshilfe, und die Jugendsozialarbeit ist ja auch ein ziemlich eigenes Völkchen. Das waren hoch zufriedene Kostgänger der Arbeitsämter, vor Hartz IV. Was haben wir damals den Maßnahmenschwung kritisiert, und jetzt wird geheult, dass wir ihn nicht mehr haben. Ich verstehe das nicht.

In unserem Arbeitsfeld weiß jeder: Integration ist nicht ohne Partizipation zu haben. Probleme müssen da gelöst werden, wo sie entstehen, nämlich vor Ort. Das sind für uns Binsenweisheiten, auf denen wir in den Diskussionen bestehen müssen. Die kommunalen Vertreter in den JobCentern genauso wie die, die von der Bundesagentur geleast werden, sind heilfroh, wenn sie kompetente Unterstützung bei der Umsetzung des SGB II kriegen. So negativ, wie das auf der Konferenz gesehen wird – auch im Vortrag von Prof. Dr. Sell, der ja geradezu eine Ein-Mann-Montagsdemo war –, erlebe ich das überhaupt nicht. Wir können qualifiziert die Interessen von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern einbringen. Wir müssen darauf bestehen, dass es eine zweite Chance geben muss. Und wir müssen den Kommunen deutlich machen, dass sie verrückt wären, wenn sie es zuließen, dass ihr Klientel, also ihre Bevölkerung und ihre Jugendlichen,

wegen Verweigerung aus den Unterstützungssystemen herausfliegt. Das wäre das Schlimmste, was passieren könnte. Aber die Schwierigkeit wird sein, das den Kommunalvertreter/innen klarzumachen, nicht den Leuten in den JobCentern.

Rainer Schwarz

Herr Gardemann, vielleicht möchten Sie noch etwas ergänzen zum Thema, was kann die Jugendhilfe einbringen, und wo kann sie sich einbringen. In dem viel zitierten Kompendium taucht ja die Idee auf, die Jugendkonferenz zu nutzen. Eine verwandte Frage wäre auch, wie weit aus Ihrer Sicht überhaupt die regionale Zuständigkeit geht? Die Jugendkonferenz findet sich, wenn ich es richtig gelesen habe, ja „nur“ in dem Kompendium und wird im Gesetz nicht genannt. Wo sind da Handlungsspielräume, wo sind da Gestaltungsspielräume bei der Umsetzung des SGB von Seiten des Arbeitsamtes?

Manfred Gardemann

Ein bisschen flapsig formuliert, muss ich sagen, dass wir gerade wirklich andere Probleme haben als die Jugendkonferenz. In Niedersachsen wurde soeben eine Vereinbarung mit dem Land getroffen zwischen Regionaldirektionen und dem Land Niedersachsen, um die Pro-Aktiv-Zentren (PACE), die ehemaligen oder die Nachfolger der Jugendbüros, wie wir hoffen, dauerhaft in den Kontext Arbeitsgemeinschaften einzubinden. Ich kann nur empfehlen, überall dort, wo kommunal gute Betreuungsstrukturen existieren, die Umsetzung auch über eine Landes- oder Ländervereinbarung zu regeln. In dieser Ländervereinbarung wurde festgeschrieben, dass die Arbeitsgemeinschaften vor Ort entscheiden, ob sie PACE integrieren und ob sie z. B. wie in Niedersachsen die Jugendwerkstätten in ihre Programme einbinden wollen. Und zwar deshalb, weil viele Kommunen es bis jetzt schlichtweg noch gar nicht schaffen, sich ernsthaft und kompetent in das Geschäft der Betreuung von langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen einzubringen.

Ich formuliere das genauso provozierend wie manches, was heute in Bezug auf die Bundesagentur formuliert wurde, und zwar deswegen, weil niemand Grund hat, hier allzu selbstbewusst anzutreten. Der Gesetzgeber hat uns einen unglaublich engen zeitlichen Rahmen gesetzt, und wir müssen wirklich miteinander ringen. Ich hoffe, es wird ein Ringen mit- und nicht gegeneinander, damit insbesondere die Zielgruppe der Jugendlichen – ob in der Arbeitsagentur, der Arbeitsgemeinschaft oder der Optionskommune – mit vergleichbaren und

guten Standards betreut wird. Es wäre sinnlos, wenn sich die Seiten jetzt gegeneinander ausspielen wollen, wobei die kommunale Seite da zum Teil sogar noch schlechter aussieht als die Arbeitsgemeinschaften. Darüber würde ich auch einmal gerne referieren. Gerade letzte Woche durfte ich eine offene Aussprache mit hundertdreißig Bürgermeister/innen und Landräten miterleben, bei einer Veranstaltung, die für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Da sind noch verdammt viele Hausaufgaben zu machen.

Noch einmal zu den E&C-Gebieten. Bis vor ein paar Wochen war ich im Beirat meiner Stadt zum Thema „Lokales Kapital für soziale Zwecke“. Ich weiß genau, welche Projekte dort auf den Weg gebracht werden, welche erfolgreich sind und welche nicht. Die Arbeitsagenturen haben schon und werden in naher Zukunft noch mehr Probleme damit haben, z. B. theater- oder schulpädagogische Projekte und Prozesse in Ruhe zu besprechen. Sie müssen sich gut überlegen, ob sie diese Projekte noch fördern können. Aber das ist vom Gesetzgeber so gewollt. Nun kann man das beklagen, aber vielleicht sollte man es auch einfach mal akzeptieren.

In den Arbeitsgemeinschaften und in den Optionskommunen sieht das ganz anders aus. Und ich muss der Meinung widersprechen, die hier wiederholt geäußert wurde, dass der Zug hier schon abgefahren sei. In vielen Kommunen wurde das Gespräch noch gar nicht hinreichend geführt, oft auch nicht mit der notwendigen positiven Energie und Aggressivität angegangen, die in dem Thema steckt. Da gibt es noch viel Spielraum, um sinnvolle jugendpädagogische und politische Konzepte, die sich auch bewährt haben oder die es noch zu entwickeln gilt, in den Kontext des SGB II zu stellen.

Die Bundesagentur hat die Angebote, die sich im Acht-Punkte-Programm finden, in dem Kompendium zusammengefasst. Das soll jetzt wirklich keine Bibel sein, dafür ist das Papier viel zu schlecht. Aber viele kennen es noch gar nicht. Als ich vorhin die kleine Attacke von Herrn Wende wegen des Ehrenamts hörte, habe ich die entsprechenden Stellen darin nachgelesen. Die Formulierung, die Sie zitiert haben, konnte ich da nicht finden. Die Bundesagentur weiß ganz genau, dass man ehrenamtliche Betätigung nicht erzwingen kann. Sie sieht deshalb die ehrenamtliche Betätigung als Möglichkeit und wird das in der Regel als Chance anbieten.

Was die langen Arme der Bundesagentur betrifft, die angeblich in die Arbeitsgemeinschaften hineinreichen – da ist wirklich die Frage, wer hier wen umarmt. Die kommunale

Seite ist nicht minder imperialistisch gestimmt als die Bundesagentur.

Rainer Schwarz

Herr Braun, Herr Sell hat vorhin eine wissenschaftsbasierte Wirkungsanalyse gefordert. Welche Erfahrungen können Sie zu diesem Thema einbringen? Was kann Sozialwissenschaft überhaupt leisten? Ist es nicht eher eine theoretische Behauptung, dass es in diesem Bereich so etwas gäbe wie eine wissenschaftsbasierte Wirkungsanalyse?

Frank Braun

Ich soll ja Optimismus verbreiten, will aber trotzdem mit einem eher skeptischen Bericht aus der Wissenschaft anfangen. Es gibt beim Max-Planck-Institut für Bildungsforschung eine unerhört interessante Untersuchung, die viel mehr Publizität verdient, die so genannte Lebensverlaufuntersuchung. Im Abstand von zehn Jahren werden dabei Geburtskohorten rückwirkend über ihren Lebensverlauf befragt. Ein Ergebnis ist einigermaßen beunruhigend: Eine Kohorte, die während eines Zeitraums die Schule verließ, als der Übergang in den Beruf besonders schwierig war, holt das ihr Leben lang nicht mehr auf. Diese Kohorte ist im Vergleich zu anderen Kohorten das ganze Leben lang benachteiligt. Wir können es uns eigentlich nicht erlauben, im Großprojekt eine neue benachteiligte Kohorte zu produzieren.

Wie ich vorhin schon sagte, traditionell war die Jugendforschung nicht wirklich der Gruppe der Benachteiligten zugewandt. Wenn Sie bedenken, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund erstmals im Jahr 2000 in den großen Jugendstudien vorkamen, wird klar, dass hier noch ein eindeutiges Forschungsdefizit besteht. Doch wie ebenfalls schon ausgeführt, waren in den letzten Jahren und durchaus auch mit Förderung durch das BMSFSJ gerade im Bereich benachteiligter Jugendlicher systematische Untersuchungen möglich und wurden auch durchgeführt, nicht zuletzt vom Deutschen Jugendinstitut. Von daher gibt es doch eine relativ gute Basis für „Wirkungsforschung“, wie wir das genannt haben.

Ich fand sehr interessant, was Herr Werner sagte, und möchte das einmal so wiedergeben: Die Untersuchungen bieten zumindest einmal einen Anlass, zu schauen, wo die Jugendlichen sind und was sie machen und wie es ihnen geht. Bei unserer Arbeit haben wir sehr ähnliche Phänomene festgestellt.

Natürlich hören Sie jetzt von allen Verantwortlichen, dass man das alles sehr genau evaluieren muss, um eine verlässliche Datenbasis zu erhalten, unter anderem auch, um nachsteuern zu können. Bei der Evaluationsfor-

schung im Rahmen der neuen Qualifizierung, speziell auch im Umfeld von Hartz IV, habe ich zwei Sorgen. Zum einen kommt Jugend da gar nicht vor, d. h. jugendspezifische Fragen und Probleme tauchen in der Evaluationsforschung nicht auf. Die Einrichtungen, die diese Evaluationen durchführen, haben von Jugend bisher wenig gehört und deshalb relativ wenig Zugang. Und wenn ich mir unsere Untersuchungen anschau und auch das im Kopf behalte, was Herr Werner ausgeführt hat, dann ist es einfach problematisch, wenn Jugendliche in diesem Prozess als eine Art von pawlowschen Hund gesehen werden, und nicht als Akteure, die aktiv an ihrer eigenen beruflichen Integration mitarbeiten können und wollen.

Zum anderen fehlt mir in der aktuellen Forschung eine Diskussion darüber, dass von vorneherein versucht wird, Arbeitslose in die einzuteilen, die eher qualifiziert werden sollten, und in die, die eher keine Qualifikationen mehr erwerben sollten. Gerade angesichts der Diskussion über lebenslanges Lernen erscheint mir das nicht mehr auf der Höhe des inzwischen erreichten Wissenstandes. Sicher sind alle gerade sehr damit beschäftigt, die Umsetzung verwaltungsmäßig auf die Reihe zu kriegen. Trotzdem fehlt mir eine Diskussion über notwendige Lernengagements, und zwar unabhängig von Alter oder Ausbildungshintergrund. Gerade angesichts der Tendenz zum lebenslangen Lernen müssten wir über die Qualität des Lernengagements reden. Wir müssten untersuchen, welche Effekte ein solches Engagement für die gesellschaftliche Teilhabe am Arbeitsleben hat.

Martin Hückeler

Ich bin Leiter der Beschäftigungsförderung der Stadt Solingen und seit dem 1. Januar 2005 mit konkreten Aufgaben in der Arbeitsgemeinschaft betraut. Ich möchte etwas kommentieren, das Herr Gardemann in seinem Beitrag angesprochen hat. Herr Gardemann, Sie sagten ja, wir sollen nicht allzu selbstbewusst auftreten. Ich meine im Gegenteil, wir sollten gerade selbstbewusst auftreten, wenn auch nicht überheblich. Auch und gerade im Zusammenspiel zwischen uns beiden, also einem Vertreter der Bundesagentur und dem Vertreter einer Kommune. Beide Seiten haben in den letzten Jahren genug Erfahrungen gesammelt, auch bei den gelegentlichen Kooperationen, die wir in der Vergangenheit erreicht haben. Wir können schon selbstbewusst auftreten.

Wenn ich Herrn Gardemann richtig verstanden habe, dann spricht er den Kommunen mehr oder weniger ihre Erfahrung bei arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen ab. Dem möchte ich heftig widersprechen. Über

Jahrzehnte hat sich in der Bundesrepublik ein Zustand entwickelt, in dem die Kommunen in Notsituationen die Verantwortung übernehmen, wenn eigentlich die Bundesagentur zuständig wäre.

Und ich habe noch eine Frage zu einem mehrfach geäußerten Punkt, den ich so nicht nachvollziehen kann. Wenn ich mich nicht im Vorfeld mit dem Thema der Konferenz beschäftigt hätte, dann würde ich hier mit dem Eindruck nach Hause fahren, Jugendhilfe und Arbeitsmarktintegration hätten vor dem 1. Januar 2005 nicht existiert. Dabei sind diese Themen ja schon jahrelang aktuell, und wenn Programme entwickelt und umgesetzt wurden, dann in der Regel auf kommunaler Ebene. Da müssen sich doch die Interessenvertreter der Jugendhilfe mit denen, die sich auf kommunaler Ebene um Arbeitsmarktintegration bemühen, auseinandergesetzt haben. In der Arbeitsgemeinschaft, und nur für die kann ich sprechen, wird die Kommune als vollwertiger Partner gesehen. Ich will nicht „gleichberechtigter Partner“ sagen, das erscheint mir (noch) zu hoch gegriffen. Aber die Kommune ist ein Partner, nicht ein Amt und nicht eine Organisationseinheit. In allen Bereichen – ob Schule, Jugendhilfe, Stadtentwicklung – muss die Kommune schauen, dass sie durch Synergien und eine geschickte Nutzung von vorhandenen Strukturen ihre Interessen in die Arbeitsgemeinschaft einbringt und damit sicherstellt, dass in einer Wechselwirkung auch Dinge herauskommen, die in den Interessen der Kommune liegen. So haben wir das über Jahre hinweg praktiziert, und da wird sich ja auch nicht so viel dran ändern.

Rainer Schwarz

Ich möchte den letzten Punkt aufgreifen und an die Gesamtrunde weitergeben. Wer ist hier eigentlich die Kommune? Herr Werner, Sie als Vertreter der Sozialamts Mannheims haben ja auf das Beispiel einer gelungenen Integration auf kommunaler Ebene hingewiesen. Und Herr Wende hatte schon angemerkt, dass es dort, wo die Ämter zusammenarbeiten, positive Beispiele für die Integration von Jugendlichen gibt.

Manfred Gardemann

Ich stimme Herrn Hückeler vollkommen zu, er hat Recht. Ich kann Ihnen auch eine ganze Reihe jetzt schon gut „funktionierender“ und gut vorbereiteter Arbeitsgemeinschaften aufzählen, z. B. in Essen, in Nordrhein-Westfalen oder in Bremen. Es gibt viele Beispiele, wo die jahrelang gewachsene Zusammenarbeit sich in eine gute Kooperations- und Vertragsstruktur für Jugendliche niedergeschlagen hat. Das sind wir völlig einer Meinung.

Mir geht es um den Moment, wo dieses berechtigte Selbstbewusstsein in Überheblichkeit übergeht, wie Sie es formulierten, d. h. in Ansprüche, die ganz andere Ziele verfolgen. Wir sollten nicht unter den Teppich kehren, dass solche Ansprüche sowohl von „überheblichen“ Landrätinnen und Landräten und manchmal auch durch ungeschickt formulierte Machtansprüche seitens Vertretern der Bundesagentur gestellt werden. Da geht sicher einiges daneben.

Aber niemand nimmt ernsthaft zur Kenntnis, dass wir im November 2004 41.000 arbeitslose Jugendliche mehr in Deutschland hatten als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Wir schrappen in der Bundesrepublik Deutschland schon wieder knapp die 500.000-Grenze. Und deshalb haben wir eigentlich überhaupt kein Mandat des Bürgers, uns mit Dingen aufzuhalten, die darauf hinauslaufen, Verbesserungen von Prozessen zu verzögern, obwohl wir das natürlich trotzdem dauernd tun. Ich will nur deshalb ein bisschen Salz in diese Konsenssuppe hineinschütten, weil viele von uns mehr oder weniger direkt an diesen Verzögerungen beteiligt sind. An diesem Punkt muss mehr Tempo gemacht werden. Wir haben die Zeit nicht. Die Jugendlichen laufen verstärkt in die registrierte und, was noch viel schlimmer ist, in die nirgendwo registrierte Beschäftigungslosigkeit.

Lutz Wende

Ich bin ja quasi per Beruf mit der Beratung und Begleitung von sechs Kommunen in Nordrhein-Westfalen „bestraft“, die als Modellkommunen – zum Teil auch im bundesweiten Modellprogramm – ihre Zusammenarbeit erproben sollen. Und ich gebe Herrn Gardemann Recht, da bekleckert sich keine der beiden Seiten mit Ruhm. Bundesagentur und Kommunen haben ihre eigenen Logiken und Handlungsformen und sind manchmal sehr schwer dazu zu bewegen, sich über denselben Auftrag und dasselbe Ziel zu definieren.

Deswegen kam ich auch auf den Untertitel meines Referats „Wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe.“ Wenn das Sozialamt, das in der Regel federführend ist, etwas sagt, dann bin ich mir nicht sicher, ob die BA oder die Agentur für Arbeit wirklich dasselbe darunter versteht. Aber dies sind Probleme, die man in den Griff kriegen kann. Die Diskussion hat sich entwickelt, und die Leute verstehen immer mehr von einander. Das braucht einfach Zeit. Da muss man voneinander lernen, und man muss Zusammenarbeit entwickeln.

Doch die Implementierung des SGB II bleibt hinter jeglicher Form von Organisationsentwicklung oder Organisationsstrategie zurück, die sowohl in öffentlichen Einrichtungen wie

auch in Privatbetrieben entwickelt wurde. Da sitzen sich zwei Seiten gegenüber und führen Verhandlungen miteinander, oftmals mit Maximalpositionen, und dabei wissen sie oft gar nicht, über was sie eigentlich reden, nämlich über Leistungsprozesse, in unserem Beispiel Leistungsprozesse für junge Menschen. Und sie setzen ihre Bürokratien fort und berücksichtigen nicht, dass tatsächlich ein neuer Leistungsprozess geschaffen werden muss, der eine neue Integrationsleistung bewirkt.

Meine These ist, dass die Einführung des Fallmanagements eine neue Integrationsleistung schaffen wird. Insofern kann man schon sagen, die Jugendberufshilfe entsteht in dieser neuen Form erst ab dem 1. Januar 2005. Aus meiner Sicht hat sich die Jugendhilfe über einen Prozess von zehn Jahren systematisch aus der Jugendberufshilfe zurückgezogen und das Finanzierungsinstrumentarium der BA angenommen. Dabei hat sie ihre eigenen Logiken Stück für Stück vergessen und sich zum Anhängsel dieser Maßnahmen gemacht.

Doch ich teile Ihre Position, dass es Grund und Notwendigkeit für ein nicht überhebliches, aber selbstbewusstes Auftreten gibt. Ich kenne ja auch den Stand der PACE-Projekte in einigen Optionsgemeinden, und der ist genauso mies wie in den Arbeitsgemeinschaften, weil der Faktor „Option oder ARGE“ da keine Rolle spielt. Weder die Kommunen noch sonst wer kann überheblich sein. Aber in den Kommunen existiert ein Bewusstsein über die eigene Leistungsfähigkeit. Das wird viel zu wenig eingebracht in die Verhandlung und in den Diskurs über die fachliche Ausrichtung der entstehenden JobCenter bzw. U25-Teams. Diese Debatte muss starten, da gebe ich Herrn Gardemann Recht, da darf man nicht mehr verzögern und warten. Die Debatte muss jetzt geführt werden.

Ich habe ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass sowohl die Kommunen wie die Arbeitsagenturen sehr dankbar sind, wenn sie Antworten auf ihre Fragen bekommen, oder ihnen Probleme und Aspekte nahegebracht werden, die ihnen teilweise noch gar nicht klar waren. Sie tun sich sehr schwer damit, einen eigenen Umgang mit dem Leistungsprozess zu entwickeln. Da blickt die Jugendhilfe auf einen sehr großen Erfahrungsschatz zurück. Aber der muss auch tatsächlich eingebracht werden. Aus meiner Sicht funktioniert genau das aber in den Kommunen nicht, weil die Differenz zwischen Agentur und Kommune zwar schon recht groß, aber die Differenz zwischen Sozialamt und Jugendamt fast unüberwindlich ist. Das wäre mal eine gesonderte Forschungsstudie wert, wieso sich Sozial- und Jugendamt nicht verstehen und nicht zusammengehen

können. Das ist zumindest meine Erfahrung aus Nordrhein-Westfalen. Diese Differenz muss erst einmal grundsätzlich überwunden werden, damit die Ämter sich dann auch tatsächlich am Umsetzungsprozess beteiligen können.

Frank Braun

Ich möchte nur eine kleine Anmerkung dazu machen. Wir haben vor kurzem eine Anfrage der Freudenberg-Stiftung bekommen. Die Frage, wie Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben kommen, wurde für die Stiftung als ein kommunales Politikfeld definiert, und sie wollten, dass wir Kommunen oder Landkreise identifizieren, die schon eine Art von, wir nennen es, „ausformulierter Übergangspolitik“ haben. Diese Anfrage wurde an mehrere Institutionen gerichtet, und es kamen immer die gleichen fünfzehn Kommunen heraus. Das heißt, die Zahl der Kommunen, die explizit solche Politik umsetzt, ist sehr begrenzt. Ein gemeinsames Merkmal ist, dass die Übergangspolitik in diesen Kommunen zur Chefsache erklärt wurde. Man hat dort beschlossen, dass die Integration von Jugendlichen ein zentrales Thema der kommunalen Politik ist, und dieses Thema wurde dann eben nicht in irgendwelche Ämter delegiert.

Jetzt ist die Situation für die Kommunen, die in dieser Hinsicht noch nicht sehr weit sind, unerhört viel schwieriger geworden. Die Herausforderungen sind deutlich größer, und das ist für viele Kommunen schwer zu bewältigen. Man wird jetzt nicht alles im ersten Schritt stemmen können und plötzlich eine ganz tolle kommunale Politik zustande kriegen. Aber es kommt darauf an – und da sind auch Programme wie E&C gefordert –, dass bestimmte Bausteine aus der Praxis derer, die schon weiter sind, dokumentiert und den anderen zur Verfügung gestellt werden, einfach, damit sie irgendwo anfangen können. Aber letztendlich steht und fällt die Sache damit, inwieweit es den Kommunen gelingt, ihre kommunale Spitze davon zu überzeugen, dass das Thema ein wichtiges Politikfeld ist, das nicht vernachlässigt werden darf.

Manfred Ritzau

Ich habe noch eine Frage an Herrn Werner. Seit mehr als zehn Jahre reden wir nun schon von Ressourcen übergreifendem Handeln, wir diskutieren über Poolfinanzierungsmodelle und manche machen es sogar. Aber eigentlich weiterhelfen würde uns, wenn wir generell stärkere Interventionsmechanismen entwickeln könnten, um die Politik einzubinden. Deshalb würde mich interessieren, wie Herr Werner es geschafft hat, die Parteien und den herrschenden politischen Diskurs auf sein Mo-

dellprojekt einzuschwören. Denn es gibt ja, da dürfen wir uns nichts vormachen, eine ganze Menge von Einschränkungen, die allein wegen der politischen Zielstellungen in den Städten und Gemeinden durchgesetzt werden. Da wird instrumentalisiert, und das hat mit dem guten Willen der Leute aus den Behörden und Ämtern nichts mehr zu tun. Wie haben Sie das geschafft, Herr Werner, diesen politischen Konsens herzustellen?

Walter Werner

Das ist eine zentrale Frage, die hier schon mehrfach angeklungen ist, auch in der Frage, wie es in bestimmten Phasen gelingt, die Kommunalpolitik von solchen Entwicklungswegen zu überzeugen.

Was jetzt auf uns zukommt, charakterisieren wir ein Stück weit als „experimentelles Design“. Mir ist es sehr sympathisch, wenn hier geäußert wird, dass man im Moment nicht die Machtfragen klären will. Wer letztendlich die größere Überheblichkeit an den Tag legt, dazu ließe sich sehr viel sagen. Wir haben in unserer Stadt ein Wissenskapital an Beschäftigungsförderung. Schon 1978 war ich der erste Koordinator der Stadt für Jugendarbeitslosigkeit, als dieses Thema gerade einmal in den Vordergrund der politischen Wahrnehmung rückte. Aus dieser Arbeit haben sich viele Strukturen entwickelt, auf denen wir heute aufbauen. Hier geht es nicht um meine Person, das ist nicht der Punkt. Mir geht es darum, wie wir die Arbeit organisiert haben. Und es ist wichtig, wie unsere Arbeit öffentlich wahrgenommen wird. Der Oberbürgermeister von Mannheim ist Vorsitzender der Ausbildungsoffensive. Es gibt ein Bündnis für Arbeit in der Stadt, es finden Entwicklungsprozesse im Bereich des Programms „Soziale Stadt“ statt. Arbeitsmarktpolitik war immer ein zentraler Fokus in Mannheim, von daher hatten wir relativ günstige Voraussetzungen, was auch mit der öffentlichen Wertschätzung unserer Arbeit zusammenhängt.

Und auch wenn das sicher ein interessanter Forschungsauftrag wäre, den der Kollege vorgeschlagen hat, einmal das Verhältnis zwischen Sozial- und Jugendamt zu klären, geht es eigentlich nicht darum, sondern um die Kommune insgesamt.

Beim Programm „Soziale Stadt“ z. B. gab es heftige Auseinandersetzungen über die Akzentsetzung in der Vergangenheit. Diese Auseinandersetzungen wurden zuerst kommunal ausgetragen, dann auf der Ebene bestimmter Fachbereiche im Ministerium. Insbesondere ging es um die Frage der Mittel. Sollten sie an das Netzwerk gehen? Oder an das Quartiermanagement?

Anders als viele andere Länder hat sich Ba-

den-Württemberg aus dem Diskurs zurückgezogen, was wir auch vom sozialen Standpunkt aus sehr bedauert haben. Doch durch diese Auseinandersetzungen war die Stadt in einer ständigen Dialogsituation mit einem starken Fokus auf Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung. Als wir mit „Jump plus“ starteten, war es natürlich unsere Entscheidung, dass wir die Öffentlichkeit relativ regelmäßig und systematisch informieren wollten. Seit September berichteten wir dann in jeder Sozialausschusssitzung über die Fortschritte in dem Pilotprojekt zum Programm „Jump plus“. Und zwar über den Stand der Entwicklung, aber auch über das „experimentelle Design“ des Projekts. Wie gesagt, wir hatten eh eine öffentliche Transparenz geplant, aber zudem hat auch der Oberbürgermeister knallhart angeordnet, dass er in jeder Ausschusssitzung informiert werden will. Und das haben wir natürlich dankbar genutzt. Auch alle Verhandlungsprozesse mit der ARGE wurden von Helmut Genz, der übrigens auch das Kölner JobCenter leitete, so gestaltet, dass die Fraktionen und dann auch der Gemeinderat über jeden einzelnen Verhandlungsschritt mit der Agentur für Arbeit unmittelbar informiert wurden. Lutz Wende hat vorhin davon gesprochen, ihm fehle der fachpolitische Dialog. Ich denke, wir haben exakt diesen Dialog inszeniert und die Inhalte und Erfolge des Projekts übergebracht.

Ich sehe das auch als eine Marketingstrategie im Hinblick auf die Jugendhilfe. Hier ist vielfach gefragt worden: Was haben wir denn für Angebote? Wo sind unsere Netzwerke? Was haben wir für Know-how einzubringen? Was haben wir für Kompetenzen? Im Moment müssen wir uns ja noch mit Planungsüberlegungen beschäftigen, wer entwickelt ein vernünftiges Statistiksystem, wie kriegen wir ein vernünftiges Controlling hin in den eigenen Ämtern. Das ist im Sozialamt nicht anders, da heißt es nur anders; dort redet man von Zahlbarmachung und stellt Fragen danach wie A2LL funktioniert, brauchen wir die 38. Umgehungs-lösung usw.?

Aber natürlich steht hinter all dem die große Frage: Wer steuert den Prozess der Umsetzung der Arbeitsgemeinschaften, wer plant insgesamt das Maßnahmenpaket und das neue Jugendintegrationskonzept? Über diese Fragen stehen jetzt Entscheidungen an. In unserer Kommune sehen wir diesen Prozess durchaus als einen Entwicklungsweg, als einen Sondierungsprozess im Sinne eines offenen, lernenden Systems.

Wie schon gesagt, wir sind auf dem Weg, Sozial- und Jugendamt stärker zu verzahnen. Aber eine ideale Lösung stelle ich mir noch ganz anders vor. Ich habe rund zwölf Jahre

im Jugendamt gearbeitet, dann anschließend im Sozialamt, da habe ich beide Philosophien kennen gelernt. Und auch den speziellen Typ von Mensch, der dort jeweils in den Leitungsebenen sitzt. Auf beiden Seiten wird unbewusst ein sehr spezifisches Berufsbild in den Prozess eingebracht, und hinter den vordergründigen Problemen stehen sehr oft Fragen von Revierzuständigkeit, von Kompetenzabgrenzung. Synergie war in der Vergangenheit selten der Fokus von Kooperation. Mein Appell zielt darauf, bei der momentanen Verzahnung Synergieprozesse viel stärker zu berücksichtigen. Uns bleibt keine Zeit mehr für Abgrenzungsprozesse. Das ist meine Botschaft. Wir brauchen das Know-how der jeweiligen anderen Seite. Diese Zusammenhänge müssen systematisch auf der fachlichen Ebene organisiert und – soweit man es kann – politisch inszeniert werden. Auf jeden Fall sollte die politische Ebene von vorneherein in diese Gestaltungsprozesse mit einbezogen werden. Die übergeordnete Frage ist doch, wie gestaltet man ein Programmpaket systematisch, so dass die Kommune mit ihren unterschiedlichsten Kompetenzen als Ganzes an diesem Gestaltungsprozess beteiligt wird?

In Mannheim rechnen wir gerade die zu erwartenden Kosten für die Revisionsklausel durch. Von der Agentur für Arbeit gibt es überhaupt keine Angaben, mit welchen Unsicherheiten wir unseren Kämmerer dabei strafen. Ein Zahlenbeispiel: Ein Mieterhöhung um zehn Cent schlägt sich bei uns im Haushalt mit einer Million nieder. Hier operieren wir mit einer ganzen Reihe von Unbekannten. Hartz V muss ein Paket mit mindestens siebenunddreißig Rechtsverordnungen sein, und was weiß ich, was in diesem ständigen Regulierungsprozess noch alles auftauchen wird. Mit solchen Fragen befassen wir uns im Moment.

Annerose Raith (Stadt Regensburg, Amt für kommunale Jugendarbeit)

Ich gehöre nicht zu den in den Siebzigerjahren Sozialisierten und warte deshalb auch nicht, bis freiwillig jemand zu mir kommt, sondern ich gehe selbst hin. Wir haben uns von vorneherein in den Hartz IV-Prozess eingemischt, vom ersten Gespräch beim Arbeitsamt an, bei dem auch der Oberbürgermeister und die Sozialreferenten/innen dabei waren, nahmen wir in Arbeitsgruppen teil. Wir haben Konzepte für 2005, wobei man eben sehen muss, wie sich die pragmatisch umsetzen lassen. Ich denke, Jugendhilfe darf nicht warten, bis sie gefragt wird, sondern sie muss sich in den Prozess einmischen, dann kann Jugendhilfe auch im Rahmen von SGB II mitgestalten.

Dieses Gesetz ist ganz klar ein Gesetz, um Gelder einzusparen. Es war nie, von keiner

Seite, vorgesehen, dass damit mehr Geld ausgegeben werden soll als vorher. Dem neuen Gesetz sieht man es deshalb natürlich auch an, dass es um das Sparen geht. Ich denke, das ist auch in Ordnung, der Anteil des „Fordern“ in der Devise „Fördern und Fordern“ hat ja auch seine Berechtigung.

Was auch oft vergessen und fast unterschlagen wird, sind schlicht und einfach die Fallzahlen. Die Arbeitsagentur hatte Fallzahlen, bei denen eine Einzelfallbearbeitung überhaupt nicht möglich war. Jetzt kommen bei der Jugendhilfe auf eine Fallmanagerin bzw. einen Fallmanager 75 Leute. Unserer Meinung nach sind diese Zahlen vollkommen ausreichend und sehr gut bewältigbar. Wir haben eine ganze Menge von Methoden und Maßnahmen, die man anwenden kann, um Jugendliche mit den Möglichkeiten des SGB II in Arbeit zu bringen.

Hartmut Brocke

Ich möchte das gerne noch einmal unterstreichen. Den Einigungsprozess auf kommunaler Ebene – und zwar nicht nur bis zum Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Arbeitsgemeinschaft, sondern auch für die darauf folgende Zeit – könnte man als einen gemeinsamen Lernprozess beschreiben und vielleicht sogar vertraglich vereinbaren, dass man in regelmäßigen Abständen immer wieder so einen Schnitt macht und darüber nachdenkt, ob das gemeinsame Vorgehen denn wirklich vernünftig und sinnvoll war. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt, denn es zeigt sich hier ein Prinzip, mit dem Transparenz hergestellt und auch öffentlich diskutiert werden kann. Es wurde ja mehrfach beschrieben, dass eine solche Diskussion auch politische Wirkung zeigt.

Bei E&C sagen wir, die Waffe der Machtlosen ist Transparenz. Wenn wir z. B. Netzwerkarbeit diskutieren, dann zeigt sich immer, dass auch in einem funktionierenden Netzwerk die Machtasymmetrien nicht außer Kraft gesetzt werden. Das Netzwerk funktioniert aber deswegen, weil alle alles wissen. Das ist die grundsätzliche Voraussetzung.

Ich muss sagen, ich habe auch kein Problem mit dem, was man jetzt „aktivierenden Sozialstaat“ nennt. Ich sehe nur dann ein Problem, wenn man sich nicht darüber verständigt, dass – egal wie viel Geld investiert wird – kein Job-Center der Welt die Leute mit Gewalt aktivieren kann. Das funktioniert nur, wenn die Leute mitmachen und sich aktivieren lassen, d. h. wenn ihnen wirklich ein sinnvolles Angebot gemacht wird. Was die Stärkung des „Endverbrauchers“ betrifft, müssen wir in der Jugendhilfe auch noch Nachhilfe nehmen. Wie könnte ein Nutzer- und Verbraucherschutz aussehen, wie könnte der eingeführt werden? Solche Gedan-

ken und Ansätze fehlen mir in der Diskussion. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass man die Legitimation nicht hat, dass es keine Beschwerdeinstanz gibt, an die man sich wenden kann, ohne dass es gleich auf eine rechtliche Klage hinausläuft.

Auf der Bundesebene haben wir so eine Stelle durchgesetzt. Ich denke, es wäre es wert, dass auch in den Kommunen darüber nachgedacht wird, ob es dort nicht auch eine solche Ombuds- oder Schiedsstelle geben soll. Damit gibt man ein deutliches Signal gerade auch für diejenigen, die sich nicht mit Bürokratien, Beratungssystemen und mit Sanktionen auskennen, ein Signal, dass auch ihre Stellung gestärkt wird. Diese Diskussion muss öffentlich geführt werden. Dann realisieren auch die betroffenen Menschen, dass sie dem System nicht egal sind, dass man sie hier nicht einfach nur als Statistikproblem betrachtet, sondern dass ihre aktive Mitwirkung an den Prozessen erwünscht ist.

Noch ein Aspekt ist ein bisschen untergegangen bzw. darüber haben wir noch gar nicht diskutiert: Die Länder spielen bei dem Prozess überhaupt keine Rolle. Dabei nehmen die Länder für die Gemeindefinanzen eine zentrale Rolle ein. Wenn ich mir vor Augen führe, was die Kommunen alles so finanzieren sollen, weil sie dann angeblich langfristig so viel sparen können, dann muss ich feststellen, dass ein ganz wesentlicher Teil bei den Ländern gespart wird. Hier stellt sich die Frage, ob diese Ersparnisse denn weitergereicht werden? In welcher Form? Mit welchen Abschlägen? Wer profitiert davon, dass der Bund über Steuermittel wesentliche Leistungsanteile übernimmt? Sind es die Kommunen oder rechnen sich die Länder gesund? Auch darüber müssen wir reden, wenn es z. B. um das Ganztagsschulprogramm oder um den geplanten Aufbau der Strukturen insbesondere in den westdeutschen Bundesländern für Kinder unter drei geht. Vor allem bei politischen Diskussionen müssen wir diese Dimension noch mit einbeziehen.

Meine Frage an den Kollegen der Bundesagentur lautet deshalb, ob diese Dimension bei den Vereinbarungen eine Rolle spielt. Sie schließen ja Vereinbarungen mit den Ländern. Kompetenz ist ja nicht nur die Kompetenz vor Ort, sondern Kompetenz wird auch ganz wesentlich über das Budget gemacht, das den Kommunen dann noch zur Problemlösung zur Verfügung steht. Ist das ein Thema, wenn zwischen Bundesagentur, Regionaldirektion und Ländern verhandelt wird? Oder halten Sie sich da vornehm zurück und erwarten nicht von den Ländern, dass sie das, was sie einsparen, auch tatsächlich in die Kommunen geben?

Manfred Gardemann

Dazu will ich Ihnen einen kurzen Ausschnitt aus der neuen Vereinbarung vorlesen, die wir gemeinsam mit dem Land Niedersachsen für die Zusammenarbeit der kommunalen Pro-Aktiv-Zentren mit den Arbeitsgemeinschaften formuliert haben. Es handelt sich um ein Zitat des Staatssekretärs Gerd Hofer, der aus Osnabrück stammt, einer sehr kämpferischen Optionskommune.

„Im kommenden Jahr“, steht hier, „ist vorgesehen, dass den Kommunen die Leistungen der Pro-Aktiv-Zentren, die in die Arbeitsgemeinschaften eingebracht werden, anteilig erstattet werden. Damit soll ein Teil der vorgesehenen kommunalen Entlastungen durch Hartz IV eintreten.“

Die Verhandlungen mit den Ländern spielen für die Agentur für Arbeit eine untergeordnete Rolle. Wir mischen uns weder konzeptionell noch dialogisch in die Absichten der Bundesländer oder eines einzelnen Bundeslandes ein. Wenn Sie solche Vereinbarungstexte lesen, merken Sie aber schnell, dass die Regionaldirektion und auch die Bundesagentur eine ganz andere Aufgabe hat. Wir gehen inhaltlich, und zwar unter dem Aspekt der Wirkung und der Nachhaltigkeit, an die Gespräche mit den Ländern heran. Das bedeutet, dass das Land zwar bestimmte Vorstellungen darüber haben mag, was möglicherweise eingespart und weitergereicht werden könnte, doch die Vorstellungen sind Probleme des Landes und nicht unser Problem. Wir drängen nur darauf, dass in den Vereinbarungstexten eine Formulierung gefunden wird, die besagt, dass vorrangig mit solchen Kooperationspartnern zusammengearbeitet wird, die in der Vergangenheit nachweislich Integrationserfolge erzielt haben, also nachhaltig Jugendliche integriert haben. Das ist unser Interesse. Alles andere ist Sache des Landes. Damit befrachten wir die Diskussion nicht. Sie haben Recht, das ist vielleicht schade, aber Sie müssen auch verstehen, unter welchem Druck wir stehen. Wir haben ganz andere Probleme zu lösen.

Es sind zu diesem Zeitpunkt [Ende 2004] erst knapp über hundert Verträge über die Arbeitsgemeinschaften unterschrieben. Wir müssen ein Gesetz umsetzen. Dafür arbeiten alle Seiten unter Hochdruck, und wir sind froh, wenn wir kommunale Partner finden, die das genauso sehen wie wir. Ich denke, die Mehrheit in der Bundesagentur will den Umsetzungsprozess sauber und partnerschaftlich vom Tisch kriegen, und es gibt gute Beispiele dafür, wie das funktionieren kann. Letztlich hängt es dann doch wieder an den Menschen, Herr Werner hat genau das im Grunde ja auch bestätigt. Wer weiß, worum es geht, wer Vorerfahrungen hat,

wer das Klientel auch bei den Verhandlungsgesprächen nicht aus dem Auge verliert, die oder der wird auch einen vernünftigen Vertrag zustande bringen.

Rainer Schwarz

Da wir gerade bei konkreten Fragen sind, hier noch eine an Herrn Gardemann. Heute wurde mehrmals der Vorwurf geäußert, die Agentur für Arbeit würde ihre Segmentierungskriterien nicht vollständig offen legen. Diese spielen ja eine wichtige Rolle dabei, wo welche Jugendlichen künftig betreut werden. Vielleicht könnten Sie dazu kurz Stellung nehmen. Ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht ganz verstanden habe, was da im Geheimen bleibt.

Manfred Gardemann

Es ist ja kein Geheimnis, dass wir davon ausgehen, dass das Geschäftssystem der Bundesagentur sich in den Arbeitsgemeinschaften wiederfinden wird. Und das Geschäftssystem betrifft natürlich die Kundensegmentierung. Hier sind einige Arbeitsgemeinschaften schon soweit, dass sie ihre Klientel – wie Marktkunden – schon in Beratungs- und Betreuungskunden unterteilt haben. Diese unterschiedlichen Segmente sind auch mit entsprechenden Haushaltsmitteln bzw. mit bestimmten Angeboten, die Sie ja alle kennen, hinterlegt. Es gibt Arbeitsgemeinschaften, die so schon 80 Prozent ihrer Haushaltsmittel „durchgestylt“ haben. Da kann ich nur sagen, Hut ab, hoffentlich funktioniert das so. Wenn wie in diesem Fall so etwas vereinbart wurde, ist sowohl die kommunale als auch die Agentur-bezogene Sicht in der Presse brüderlich Arm in Arm wieder zu finden. In vielen anderen Fällen ist sehr viel Zurückhaltung zu spüren, weil wir noch nicht davon ausgehen dürfen, dass in der überwiegenden Mehrzahl solche Vereinbarungen geschlossen werden.

Neben vielem anderen wird 2005 der Kernstreitpunkt sicherlich sein, wie sinnvoll es ist, das Geschäftssystem der Bundesagentur in den Arbeitsgemeinschaften zu übernehmen. Die kommunale Seite fordert häufig und auch sehr lautstark, dass die Arbeitsgemeinschaften sich von diesem Geschäftssystem verabschieden sollen. Eine solche Position können wir natürlich nicht vertreten und tun das auch nicht. Ich kann nur sagen, das Jahr 2005 wird für uns in dieser Hinsicht sehr spannend werden, egal, ob man das Hartz V oder wie auch immer nennen will.

Zuruf von Podium (Hartmut Brocke)

Hartz IV A, B, C?

Manfred Gardemann

Ja. Klar ist aber, dass wir zumindest zur zweiten Jahreshälfte 2005 auch vor den Spiegel treten und sagen können, wir haben Sinnvolles für Jugendliche angeboten. Das entspricht ja auch dem Anspruch aller, die schon jahrelang im Bereich der Jugendförderung tätig sind, an sich selbst und an ihre Arbeit. Spätestens Ende des nächsten Jahres wird es an der Zeit sein, eine vorsichtige, aber doch auch deutliche Zwischenbilanz zu ziehen und dann auch wirklich Tacheles zu reden.

Eva Lischke (Bezirksamt Neukölln, Jugendförderung von Berlin)

Mir fehlt in der Diskussion immer noch ein bisschen die Sicht von unten. Als wir erfuhren, dass die Hartz-Gesetzgebung jetzt tatsächlich umgesetzt und nicht doch verhindert wird, haben wir uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendförderung zusammengetan. Seit drei Jahren versuchten wir, mit dem Sozialamt zu reden, damit sie bestimmten Jugendlichen, denen es gut täte, mal die Sozialhilfe kürzen. Nun kann das Sozialamt diese Kürzungen auch wirklich veranlassen. Das ist auch Jugendförderung, obwohl das natürlich nur für ganz bestimmte Jugendliche gilt.

Wir haben die neue Gesetzgebung erst mal als Chance gesehen. Wir wollen für unsere fünftausend 7- bis 8-jährigen Kinder, die immer noch nicht lesen können, ein tolles Patensystem installieren. Es gibt nämlich auch fünftausend arbeitslose Kaufleute, die alle lesen, rechnen und schreiben können, die wir bisher aber noch nicht zwangsfreiwillig aktivieren konnten. Solche Ideen entstehen an der Basis.

Meine andere Frage bezieht sich auf die unterschiedlichen Einsatzstellen. Dort hatte man in Bezug auf Hartz IV viele Fragen, vor allem gab es viel Unsicherheit, wie mit dem neuen Gesetz umgegangen werden soll und wer die Hartz IV-Fälle denn betreut. Ich bin irgendwann einmal Freiwilligenmanagerin geworden, neben anderen Tätigkeiten. Deswegen landete das Thema Hartz IV bei mir und es hieß, das könne ich ja auch noch mitmachen. Eigentlich war das ein richtiger Gedanke, denn bestenfalls kann man Leute mit 1 μ -Jobs auch wie Freiwillige motivieren, insofern sehe ich schon einen sehr engen Bezug zu meiner Tätigkeit. Die vielen Diskussionen über das Ehrenamt und die Enquetekommission etc. haben sehr wohl etwas mit Hartz IV zu tun.

Allerdings wird dieser Zusammenhang in unserer Verwaltung und beim Arbeitsamt nicht gesehen, und das ist eigentlich schade. Dort hat man ganz andere Probleme, da geht es um Vergütungsgruppen und darum, wer die Führung in der ARGE übernimmt. Doch das sind

nicht die Probleme an der Basis. Da stellt sich die Frage, wie kriegen wir unsere fünftausend arbeitslosen, aber gut qualifizierten Kaufleute tatsächlich ohne diktatorische Maßnahmen in vernünftige Arbeitsprozesse, die ihnen auch Spaß machen. So eine Idee ist für mich eine Chance, und ich würde gerne mehr über solche, an der Basisarbeit orientierten Projekte erfahren.

Manfred Gardemann

Das hat wahrscheinlich nicht direkt mit Ihrer Frage zu tun, aber ich möchte noch einmal herausstreichen, unter welchem unglaublichem Verantwortungsdruck Sie alle stehen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat uns von der Bundesagentur klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass wir zur Reduzierung der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 mit 340.000 Arbeitsgelegenheiten operieren sollen. Diese Zahl gilt für alle – Agenturen, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen. Ich erwähne das deswegen, weil genau das in den nächsten Wochen und Monaten festgeschrieben werden wird: Wir müssen einen Beitrag dafür leisten, dass diese Zahl zustande kommt. Da brauchen wir uns gar keine Illusionen machen, dass wir große Spielräume hätten, oder lange darüber nachdenken, ob wir das sehr sinnvoll finden. Gleichwohl stehen alle, die mit Jugendlichen arbeiten, in der Pflicht, diesen Jugendlichen etwas Sinnvolles anzubieten und immer auch Qualifizierung in den Strang § 16 Abs. 3 SGB II mit einzubringen. Ich sage Ihnen hier nichts Neues, Sie leiden sicherlich schon unter dem enormen Druck, der von allen Seiten aufgebaut wird. Und das betrifft nicht nur die gescholtene Bundesagentur wegen des Einflusses, den sie in den Arbeitsgemeinschaften hat, sondern auch die Kommunen selber, die ja auch Einfluss haben wollen. Aus den unterschiedlichsten Gründen haben wir ja alle ein Interesse daran, das zu beeinflussen, was in den Arbeitsgemeinschaften geschieht.

Übrigens sind ab 2005 auch die Kommunen für die Arbeitslosenstatistiken in Deutschland mitverantwortlich, ebenso wie die Arbeitsgemeinschaften. Dann wird der kulturelle Umbruch, in dem wir uns befinden, richtig deutlich werden, und wir werden plötzlich ganz anders miteinander über dieses Thema diskutieren. Ich bin sicher, dass Sie dann in einer ganz anderen Begrifflichkeit stehen und nach ein paar Monaten vielleicht auch von einer ganz anderen Sichtweise her argumentieren. Auf diese Veränderungen bin ich schon sehr gespannt.

Rainer Schwarz

Ich gehe davon aus, dass wir uns wiedersehen werden, um das alles zu diskutieren. Es war mir

schon bei der Vorbereitung der Konferenz fast klar, dass es eine konkrete Antwort nicht geben kann, auch wenn wir in den noch kommenden Diskussionen immer wieder versuchen werden, doch eine zu finden. Im „Open Space“ werden wir über unsere konkreten Handlungsoptionen vor Ort reden und versuchen, mit den achtzig hier im Saal versammelten Expertinnen und Experten der Antwort etwas näher zu kommen. Aber vielleicht gibt es schon in dieser Runde noch den Versuch einer Antwort?

Walter Werner

Lassen Sie mich versuchen, eine Vision zu entwickeln, und zwar ausgehend von den massiven Friktionen zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit, zwischen den Freiwilligenagenturen und dem 1 € -Job-Programm. Ich kenne diese Spannungsfelder, weil ich selbst jahrelang ehrenamtlich eine Freiwilligenagentur leitete.

In meinem Feld, dem Bereich Stadtplanung und Wohnungswesen, habe ich einige sonderbare Diskussionen erlebt, in denen manche Kolleginnen und Kollegen argumentierten, sie wären auf die 1 €-Jobs angewiesen. Diplom-Psychologen z. B. und andere Personengruppen begründeten das damit, dass sie durch den 1 €-Job wieder einen Einstieg in ihr berufliches Feld gefunden hätten. Diese Art der Argumentation hat mich sehr nachdenklich gemacht, weil vorher die 1 €-Jobs generell eher abgelehnt wurden.

Als Städteplaner würde ich mir wünschen, dass das, was Herr Gardemann eben skizzierte, auch einträfe. Von der Sicht des Städtetags aus muss ich aber sagen, dass es noch ziemlich lange dauern mit, bis wir uns über eine gemeinsame Arbeitsmarktstatistik und über ein gemeinsames Arbeitsmarktmonitoring unterhalten können. Der momentane Sachstand ist nämlich, dass wir keinen Zugang zu unseren Geschäftsdaten kriegen. Dieser Prozess wird also schwierig werden.

Wenn ich mir jetzt vorstelle, wie wir die Städte systematisch erfassen, um die Arbeitslosenstatistik anzufertigen, dann müssen wir solche Programmgebiete wie „Soziale Stadt“ und „E&C“ nach den harten Indikatoren sortieren, die wir für eine solche Statistik ja ermitteln sollen.

Doch in den letzten fünf Jahre haben wir uns u. a. damit beschäftigt, in welchen dieser Gebiete welche Veränderungsprozesse stattfinden, auch im Vergleich mit der Stadt insgesamt. Wir konnten genau dasselbe feststellen, was die Stadtsoziologen/innen um Häußermann für Berlin auch festgestellt haben, nämlich, dass die Segregationsprozesse zunehmen.

Meine Vision sieht deshalb so aus: Wenn man weiß, wo die Leute wohnen, dann kann

man in diesen Gebieten hervorragend mit den Konzepten der lokalen Ökonomie ansetzen. Diese Konzepte sind allerdings bei der Bundesagentur wahrscheinlich noch nicht so bekannt, wie sie bekannt sein könnten und müssten. Es handelt sich dabei ja auch genau um die Gebiete, in denen Menschen leben, deren Mobilität immer geringer wird und deren Kaufkraft immer mehr nachlässt, Gebiete mit dem höchsten Instandsetzungs- und Sanierungsbedarf. Aber wenn wir das alles wissen, warum gelingt es uns dann nicht, da mit unseren Erkenntnissen anzusetzen?

Es gibt auch Stadtteilzentren, die mit drei, vier 1 €-Jobs in einem intelligenten Management einiges zur infrastrukturellen Unterstützung in den Quartiere auf die Beine stellen können. In den E&C-Gebieten wird eine Menge getan in dieser Richtung. Das ist die programmatische Marschrichtungen, die wir konzeptionell in Mannheim im Kopf haben und mit den Partnern diskutieren wollen, die für solche Kooperationen in Frage kommen.

Wir wollen eben nicht nur zuschauen, wie die statistisch erhobenen Arbeitslosenzahlen immer mehr anwachsen, und wir wollen auch keine Kosmetik bei den Vermittlungsraten betreiben, wie ich sie im letzten Bundesrechnungshofbericht sehen musste. So stelle ich mir gemeinsames Arbeitsmarktmonitoring nicht vor. Wir wollen mit diesen Visionen direkt vor Ort ansetzen und einen Lernprozess organisieren. Dann bekommen die Schnittstellen zwischen ehrenamtlicher Beschäftigung im Quartier und Ansatzmöglichkeiten für Beschäftigung, auch 1 €-Jobs, eine völlig andere Qualität, weil sie in einem offenen Prozess verhandelbar sind.

Rainer Schwarz

Wir kommen zum Ende der Veranstaltung, und ich möchte Sie nicht um ein Abschlussstatement, sondern um einen Abschlusssatz bitten. Vorhin wurde die Vision eines offenen lernenden Systems zwischen Kommune und Arbeitsagentur entwickelt, und deshalb meine Frage an die fünf Disputanten auf dem Podium: Was möchten Sie in dieses offene Lernsystem einbringen?

Hartmut Brocke

Für mich gehört zu allen Verhandlungen zwischen Kommune und Arbeitsagentur, dass die Kinder- und Jugendhilfe auf ihren Fachstandards besteht, denn es gibt überhaupt keinen Grund, von diesen Fachstandards abzuweichen.

Walter Werner

Für mich gehört dazu, immer auf die Balance zwischen Chancen und Risiken zu achten, die

der ganze Umstellungsprozess beinhaltet. Sozialpolitisch beurteile ich vieles von dem, was da gelaufen ist, als eine mittlere Katastrophe. Wir diskutieren im Moment die strategisch operativen Ebenen der Umsetzung. Wir versuchen dabei, das Beste im Sinne einer intelligenten Architektur zu verknüpfen, was auch heißt, dass arbeits- und sozialpolitischen Gestaltungsprozesse den lokalen Besonderheiten angepasst werden. Ich hoffe, es gelingt uns in diesem Prozess, die Agentur mit ihrer zentralstaatlichen Logik ein Stück weit die kommunale Luft schnuppern zu lassen, damit auch sie Interesse an einer gemeinsamen Arbeit bekommt. Podium und danke Ihnen für Ihre Standhaftigkeit.

Lutz Wende

Ich möchte einbringen, dass es eine Form von Rationalität in der Gestaltung geben muss, und zwar insgesamt bei der organisatorischen Gestaltung ebenso wie bei der Fachgestaltung der JobCenter. Ich kämpfe seit Jahren darum, dass diese Rationalität eingeführt und tatsächliche Entwicklungs- und Planungsprozesse durchgeführt werden. So sehe ich den Beitrag, den ich als Berater leisten kann.

Frank Braun

Aus der Forschung wissen wir eine ganze Menge darüber, worauf man schauen muss, wenn man erfahren will, ob ein Programm oder eine Politik ein Erfolg ist oder nicht. Unseren Beitrag zu dem Lernsystem sehe ich darin, dass wir weiter darauf drängen, auch auf solche Kriterien und nicht nur auf bestimmte Kennziffern zu achten. Und wir wissen aus der Forschung eine ganze Menge darüber, was die Qualität von Angeboten ausmacht, und wir wissen auch, dass irgendein Angebot nicht notwendigerweise besser ist als gar keins. Deshalb wollen wir eben diese Qualitätsstandards und die Berücksichtigung von richtigen, wichtigen Merkmale in das Lernsystem einbringen.

Manfred Gardemann

Ich persönlich habe viele Jahre darauf gewartet, dass das eintrifft, was jetzt eingetroffen ist: dass nämlich Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland einen Rechtsanspruch darauf haben, gefördert zu werden. Ich bin mir sicher, dass die Bundesagentur mit tatkräftiger Unterstützung durch die kommunale Seite auch inhaltlich diesem gesetzlichen Anspruch gerecht werden wird.

Walter Werner

Überstunden ohne Ende müssen wir sicher alle einbringen.

Rainer Schwarz

Damit entlasse ich die fünf Herren auf dem